

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Handbücher

Kniesel/Braun/Keller

Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht

Kohlhammer

Kohlhammer

Besonderes Polizei- und Ordnungsrecht

von

Michael Kiesel

Rechtsanwalt, Staatsrat a. D.,
ehem. Polizeipräsident in Bonn

Dr. iur. Frank Braun

Regierungsdirektor, Hauptamtlich Lehrender
an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung
des Landes Nordrhein-Westfalen, Münster

Christoph Keller

Polizeidirektor, Hauptamtlich Lehrender
an der Fachhochschule für Öffentliche Verwaltung
des Landes Nordrhein-Westfalen, Münster

1. Auflage 2018

Verlag W. Kohlhammer

Alle Rechte vorbehalten
© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart
Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:
ISBN 978-3-17-032607-1

E-Book-Formate:
pdf: ISBN 978-3-17-032608-8
epub: ISBN 978-3-17-032609-5
mobi: ISBN 978-3-17-032610-1

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt keinerlei Haftung.

Vorwort

Mit dem besonderen Polizei- und Ordnungsrecht wollen wir sowohl Praktiker in den Behörden und Verwaltungsgerichten als auch die Studierenden an den Universitäten und Fachhochschulen erreichen. Wir verstehen das allgemeine und das besondere Polizei- und Ordnungsrecht als Einheit. Deshalb soll das 1. Kapitel beide systematisch verzahnen und zudem deutlich machen, dass das Polizei- und Ordnungsrecht als Hausgut der Länder vom Bund nicht durch eine ausufernde Berufung auf seine gesetzgeberische Kompetenz für partielle Bereiche des Gefahrenabwehrrechts zu einer Restgröße geschrumpft werden darf.

Bei der Auswahl der Rechtsgebiete haben Praxis- und Prüfungsrelevanz, Aktualität und die bisherige Berücksichtigung im Schrifttum eine Rolle gespielt. Das Versammlungsrecht als das Referenzgebiet des besonderen Polizei- und Ordnungsrechts hat seinen prominenten Platz. Es ermöglicht den Landesgesetzgebern nach der Föderalismusreform aus dem Jahr 2006, in eigenen Versammlungsgesetzen gesonderte Wege zu gehen. Das Recht der neuen Medien als Gefahrenabwehrrecht, das in den vergangenen Jahren für die Praxis hohe Relevanz bekommen hat, muss dagegen seine dogmatisch kohärente Verortung im Polizei- und Ordnungsrecht noch finden. Vernachlässigt wird in den Lehrbüchern auch das Recht der Feuerwehr, das in Anbetracht seiner oft – unzutreffend – bestrittenen Qualität als Gefahrenabwehrrecht und seiner Bedeutung für über 1 000 000 Angehörige der Freiwilligen Feuerwehr und der Berufs- und Werkfeuerwehren zur Aufnahme als eigenes Rechtsgebiet geführt hat. Das öffentliche Vereinsrecht wiederum hat durch die terroristischen Anschläge seit dem 11. September 2001 und dem entschlossenen staatlichen Vorgehen gegen Rockergruppierungen neue Bedeutung erlangt. Das gilt auch für das Luftsicherheitsrecht, das sich mittlerweile zu einem eigenen Rechtsgebiet verselbstständigt hat. Das Ausländer- und Asylrecht ist durch die Flüchtlingsproblematik wieder verstärkt ins öffentliche Bewusstsein gehoben worden, wie infolge von Amokstrafataten auch das Waffenrecht. Die tradierten Aufgaben und Befugnisse der Polizei im Gewerbe- und Gaststättenrecht haben zur Aufnahme dieser Rechtsgebiete geführt.

Für Kritik und Anregungen sind wir dankbar.

Bonn/Hofkirchen/Mettingen, August 2017

Michael Kniesel

Dr. Frank Braun

Christoph Keller

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	V
Literaturverzeichnis	XXIX

1. Teil: Grundlagen	1
----------------------------------	----------

1. Kapitel: Allgemeines und besonderes Polizei- und Ordnungsrecht ..	1
---	----------

A. Vom Polizeirecht zum Polizei- und Ordnungsrecht	1
I. Polizeirecht als umfassende Gefahrenabwehr	1
II. Entpolizeilichung nach dem 2. Weltkrieg	1
III. Repolizeilichung der Gefahrenabwehr	2
B. Das Polizei- und Ordnungsrecht als Gegenstand der Gesetzgebung	3
I. Art. 70 GG als grundsätzliche Kompetenzverteilung	3
II. Das Polizei- und Ordnungsrecht in den Katalogen der Art. 73 und 74 GG	4
III. Das Polizei- und Ordnungsrecht als Annexkompetenz des Bundes	4
IV. Das allgemeine Polizei- und Ordnungsrecht als Residual- kompetenz der Länder	5

2. Kapitel: Ergänzungsfunktion des Polizei- und Ordnungsrechts bei spezialgesetzlicher Gefahrenabwehr	6
--	----------

A. Verhältnis des Polizei- und Ordnungsrechts zum Spezialgesetz	6
I. Maßnahmen der Ordnungsbehörde	6
1. Teilregelungen	6
2. Fehlende Befugnisnorm zur Durchsetzung von Verboten	7
3. Ungeregelter Gefahrentatbestand	7
II. Hilfsbefugnisse in Spezialgesetzen	8
1. Jugendschutz	8
2. Ausländerrecht	8
3. Unterbringung zur Gefahrenabwehr	8
4. Gesundheitsrecht	8
5. Denkmalschutz	8
6. Beförderung gefährlicher Güter	9
B. Befugnisse in den Polizeigesetzen	9
I. Prüfung von Berechtigungsscheinen	9
II. Datenerhebung und Datenverarbeitung zur Vorbereitung auf die Gefahrenabwehr	9
C. Vollzugshilfesaufgaben in anderen Gesetzen	10

2. Teil: Die Gebiete des besonderen Polizei- und Ordnungsrechts ...	11
--	-----------

1. Kapitel: Versammlungsrecht	11
--	-----------

A. Verfassungsrechtliche Grundlagen	11
I. Gesetzgebungszuständigkeiten	11
1. Föderalismusreform	11

Inhaltsverzeichnis

2.	Stand der Gesetzgebung in den Ländern	11
II.	Grundrechtsschutz für die Versammlungs- und Demonstrationssfreiheit	12
1.	Grundlagen	12
a)	Versammlungsfreiheit	12
b)	Demonstrationsfreiheit	12
2.	Funktionen des Grundrechtsschutzes	13
a)	Abwehrrecht	13
b)	Leistungsrecht	13
c)	Beteiligungsrecht	13
3.	Rechtsschutzgarantie	13
4.	Umfang und Grenzen des Schutzbereichs	14
a)	Personaler Grundrechtsschutz	14
aa)	Grundrechtsberechtigte	14
bb)	Veranstaltung, Leitung und Teilnahme	15
b)	Sachlicher Schutzbereich	15
aa)	Umfang	15
bb)	Grundrechtliche Gewährleistungsschranken	25
5.	Eingriffe	26
a)	Versammlungsrecht	26
b)	Polizeirecht	27
6.	Verfassungsrechtliche Rechtfertigungen	27
a)	Schranken	27
aa)	Verfassungsunmittelbare Gewährleistungsschranken	27
bb)	Vorbehaltsschranken	28
cc)	Immanente Schranken	32
b)	Schranken-Schranken	32
7.	Grundrechtsverpflichtete	32
a)	Träger von Hoheitsgewalt	32
b)	Privatpersonen	33
c)	Grundrechtsbindung von Eigentümern vormals öffentlicher Flächen	33
B.	Versammlungsrechtliche Grundlagen	34
I.	Die Versammlungsgesetze als Konkretisierungen der Versammlungsfreiheit	34
II.	Das Versammlungsrecht als Teilgebiet des Polizei- und Ordnungsrechts	35
1.	Systematik	35
a)	Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung	35
b)	Polizeipflichtigkeit	35
c)	Vollstreckung	36
2.	Polizeifestigkeit	36
a)	Gefahrenabwehr	36
b)	Strafverfolgung	38
3.	Verhältnis zum Polizei- und Ordnungsrecht	40
a)	Nichtöffentliche Versammlungen	40
b)	Vorfeldmaßnahmen	40
c)	Maßnahmen gegen interne Störungen	42

C.	Versammlungsgesetzliche Regelungen	43
I.	Versammlungsbegriff	43
II.	Versammlungsformen.	44
1.	Öffentliche und nichtöffentliche Versammlungen.	44
2.	Versammlungen unter freiem Himmel und im geschlossenen Raum	44
3.	Demonstrationen	45
4.	Aufzüge	45
5.	Sonderfall: Versammlung in einer Versammlung	47
6.	Besondere Versammlungsformen.	47
a)	Straßentheater, Straßenfeste.	47
b)	Flashmob.	47
c)	Arbeitskampfmaßnahmen	48
III.	Versammlungsbeteiligte	49
1.	Veranstalter	49
2.	Leiter mit Ordnern	49
3.	Teilnehmer	50
4.	Konflikte.	50
IV.	Anmeldung, Anzeige	51
V.	Kooperation	52
1.	Bedeutung.	52
2.	Verfahrensrechtlicher Rahmen	53
3.	Inhalt und Umfang.	53
4.	Phasen	53
5.	Kooperation, Kooperationsobliegenheit	54
a)	Inhalt und Bedeutung.	54
b)	Rechtsfolgen.	54
aa)	Verletzung der Kooperationspflichten durch die Versammlungsbehörde	54
bb)	Verweigerte Kooperation	54
VI.	Verbote	56
1.	Störungsverbot.	56
2.	Waffenverbot.	56
3.	Uniform-, Militanz- und Einschüchterungsverbot	58
4.	Schutzwaffen und Vermummung.	60
a)	Verfassungsmäßigkeit der Verbote	60
b)	Verbot von Schutzwaffen	61
aa)	Schutzwaffen im technischen Sinne	61
bb)	Schutzwaffen im nichttechnischen Sinne.	61
cc)	Verbotene Handlungen	62
c)	Vermummungsverbot	62
d)	Ausnahmen	63
e)	Befugnisse	63
5.	Verbot von Versammlungen im Bannkreis	64
VII.	Rechte des Leiters	64
1.	Versammlungen in geschlossenen Räumen	64
2.	Versammlungen unter freiem Himmel	65
VIII.	Befugnisse von Versammlungsbehörde und Polizei	65
1.	Versammlungen in geschlossenen Räumen	65
a)	Entsendungs-, Anwesenheitsrecht.	65
b)	Verbot.	67

Inhaltsverzeichnis

c)	Bild- und Tonaufnahmen	68
d)	Auflösung	68
2.	Versammlungen unter freiem Himmel	69
a)	Vor der Versammlung	69
aa)	Verbot und beschränkende Verfügung	69
bb)	Genehmigung der Verwendung von Ordnern	77
cc)	Teilnahmeuntersagung.	78
dd)	Vorfeldmaßnahmen nach Polizeirecht	79
b)	Während der Versammlung.	83
aa)	Entsendungs-, Anwesenheitsrecht	83
bb)	Bild- und Tonaufnahmen	85
cc)	Ausschließung von Teilnehmern	88
dd)	Einschließung von Störergruppen	89
c)	Am Ende der Versammlung.	90
aa)	Auflösung als Voll- und Teilauflösung/Be- schränkende Verfügung	90
bb)	Tatbestandliche Voraussetzungen	91
cc)	Anwendungsfälle	92
dd)	Zwingende Auflösung.	98
ee)	Bedeutung für Folgemaßnahmen.	98
d)	Nach der Versammlung	98
aa)	Nachwirkung von Art. 8 Abs. 1 GG	98
bb)	Mögliche Maßnahmen	98
IX.	Pflichtige, Adressaten	100
1.	Allgemeines	100
2.	Versammlungsbeteiligte als Adressaten	101
a)	Veranstalter	101
b)	Leiter.	101
c)	Teilnehmer	101
3.	Weitere Adressaten	102
a)	Potenzielle Teilnehmer	102
b)	Veranstalter, Leiter und Teilnehmer von Gegende- monstrationen.	102
aa)	Echter Polizeilicher Notstand	102
bb)	Unechter polizeilicher Notstand	103
c)	Externe Störer.	104
X.	Zuständigkeiten	104
XI.	Kosten.	106
XII.	Versammlungsstrafrecht	106
1.	Allgemeines	106
2.	Straftaten	107
a)	Störungsverbot	107
b)	Beeinträchtigungs- und Bedrohungsverbot	108
c)	Aufforderungsverbot zur Teilnahme an verbotener Versammlung	109
d)	Verbot der Verwendung bewaffneter Ordner	109
e)	Verbot der abweichenden Durchführung von Ver- sammlungen und Aufzügen	109
f)	Nichtbeachten von Auflagen	110
g)	Verbot der Durchführung verbotener oder nicht- angemeldeter Versammlungen	110

h)	Waffenverbot	110
i)	Schutzwaffen- und Vermummungsverbot.	111
j)	Uniformverbot	113
3.	Ordnungswidrigkeiten.	114
4.	Einziehung	114
2. Kapitel:	Öffentliches Vereinsrecht	115
A.	Verfassungsrechtliche Grundlagen – Die Vereinigungsfreiheit.	115
I.	Allgemeines	115
II.	Schutzbereich	116
1.	Personeller Schutzbereich.	116
2.	Sachlicher Schutzbereich	117
a)	Begriff der Vereinigung.	117
aa)	Begriffsdefinition	117
bb)	Parteien, Religions- und Weltanschauungs- gemeinschaften.	117
b)	Inhalt der Vereinigungsfreiheit.	117
aa)	„Entstehen“.	117
bb)	„Bestehen“	117
cc)	Betätigungsfreiheit?.	118
dd)	Negative Vereinigungsfreiheit	118
III.	Schranken	119
1.	Allgemeines	119
2.	Die Schranken des Art. 9 Abs. 2 GG im Einzelnen.	119
3.	Verfassungsimmanente Schranken	119
4.	Der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz	120
B.	Europarechtliche Bezüge	120
C.	Überblick über die einfachgesetzlichen Regelungen	121
I.	Gesetzliche Regelungen	121
1.	Vereinsgesetz	121
2.	Vereinsgesetz-Durchführungsverordnung	121
3.	Ausführungsgesetze der Länder zum Vereinsgesetz.	121
III.	Polizeifestigkeit des Vereinsrecht	121
D.	Vereinsverbote	122
I.	Verbotsgründe	122
1.	Die verfassungsrechtlich determinierten Verbotsgründe, § 3 Abs. 1 VereinsG	122
a)	Vereinigungen, deren Zwecke oder Tätigkeiten den Strafgesetzen zuwiderlaufen	122
aa)	„Strafgesetze“	122
bb)	„Zwecke, die Strafgesetzen zu wider laufen“	122
cc)	„Tätigkeiten, die Strafgesetzen zu wider laufen“	122
b)	Vereinigungen, die sich gegen die verfassungs- mäßige Ordnung oder den Gedanken der Völker- verständigung richten.	123
aa)	Verfassungsmäßige Ordnung	123
bb)	Gedanken der Völkerverständigung.	124

Inhaltsverzeichnis

2.	Zurechnung des Mitgliederverhaltens, § 3 Abs. 5 VereinsG	124
a)	Zusammenhang zur Tätigkeit oder Zielsetzung des Vereins, § 3 Abs. 5 Nr. 1 VereinsG	124
b)	Beruhren auf einer organisierten Willensbildung, § 3 Abs. 5 Nr. 2 VereinsG	124
c)	Duldung durch den Verein, § 3 Abs. 5 Nr. 3	125
II.	Reichweite des Vereinsverbotes, § 3 Abs. 3 VereinsG.	125
III.	Ersatzorganisationen	126
IV.	Ausländervereine und ausländische Vereine	126
V.	Verbotsbehörden	127
VI.	Das vereinsrechtliche Ermittlungsverfahren	127
1.	Das Verfahren	127
2.	Ermittlungshilfe	128
a)	Maßnahmen nach § 4 VereinsG.	129
b)	Informationshilfe.	129
aa)	Neuerhebung personenbezogener Daten.	129
bb)	Übermittlung bereits zu anderen (polizeilichen) Zwecken erhobener Daten.	130
E.	Vollzug von Vereinsverboten	132
I.	Vollzugsmaßnahmen	132
1.	Beschlagnahme.	132
2.	Sicherstellung.	132
3.	Vereinsvermögen	132
4.	Sicherstellungsverfahren	133
II.	Zuständigkeiten	133
F.	Das vereinsrechtliche Kennzeichenverbot	134
I.	Das Kennzeichenverbot	134
II.	Sonderfall: „Kuttenverbote“ gegen Mitglieder von sog. Outlaw Motorcycle Gangs	134
1.	Die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs	135
2.	Die Reaktion des Gesetzgebers: Neufassung von § 9 Abs. 2 VereinsG	135
3.	Allgemeine Erwägungen zu den sog. Kuttenverboten	135
G.	Straftaten im Zusammenhang mit Vereinsverboten	136
3. Kapitel:	Feuerwehr-, Rettungsdienst- und Katastrophenschutzrecht	136
A.	Hilfeleistungsrecht als Oberbegriff	136
B.	Feuerwehrrecht	137
I.	Gesetzliche Grundlagen	137
1.	Baden Württemberg	137
2.	Bayern	137
3.	Berlin	137
4.	Brandenburg	137
5.	Bremen	137
6.	Hamburg	137
7.	Hessen	137
8.	Mecklenburg-Vorpommern	137
9.	Niedersachsen	138
10.	Nordrhein-Westfalen.	138
11.	Rheinland-Pfalz	138

12. Saarland	138
13. Sachsen.	138
14. Sachsen-Anhalt	138
15. Schleswig-Holstein	138
16. Thüringen	138
II. Geschichte	138
III. Grundlagen	140
1. Begriff	140
2. Rechtsnatur und Dogmatik des Feuerwehrrechts	140
a) Rechtsnatur	140
b) Dogmatik.	140
3. Rechtsnatur und Stellung der Feuerwehr	141
a) Rechtsnatur	141
b) Stellung	142
aa) Teil der Ordnungsverwaltung	142
bb) Verankerung der Freiwilligen Feuerwehren in Vereinen	143
c) Abgrenzung zur Polizei.	143
IV. Feuerwehren	143
1. Öffentliche Feuerwehren	143
a) Freiwillige Feuerwehr	143
aa) Aufstellungspflicht	143
bb) Rechtscharakter und Bedeutung	144
cc) Personalkörper.	144
dd) Struktur und Leitung	145
b) Pflichtfeuerwehr	145
c) Berufsfeuerwehr	145
2. Private Feuerwehren	146
a) Werkfeuerwehren	146
b) Betriebsfeuerwehren.	147
V. Verwaltungs- und Durchführungsebenen.	147
VI. Aufgaben	148
1. Brandschutz und Hilfeleistung	148
a) Rechtscharakter	148
b) Inhalte.	148
aa) Brandschutz.	148
bb) Hilfeleistung	148
2. Weitere Aufgaben.	151
a) Vorbeugender Brandschutz	151
b) Mitwirkung im Rettungsdienst und Katastrophenschutz	151
c) Eilfallkompetenz	152
d) Amtshilfe	152
VII. Befugnisse	152
1. Abwehrender Brandschutz und Hilfeleistung.	152
a) Allgemeines	152
b) Generalklausel	152
aa) Regelungen	152
bb) Tatbestandliche Voraussetzungen	153
c) Ausübungsberechtigte	156
d) Spezialbefugnisse.	156

Inhaltsverzeichnis

2.	Vorbeugender Brandschutz	157
VIII.	Pflichtige Personen	157
1.	Allgemeines	157
2.	Verantwortlichkeiten im Polizei- und Ordnungsrecht	158
a)	Verhaltensverantwortlichkeit	158
b)	Zustandsverantwortlichkeit	158
c)	Notstandspflichtigkeit	159
3.	Pflichtige Personen im Feuerwehrecht	159
a)	Fehlende dogmatische Struktur in den Feuerwehrgesetzen	159
b)	Pflichtige Personen im Feuerwehrecht	159
aa)	Betroffene	159
bb)	Adressaten der Generalklausel	159
IX.	Verhältnismäßigkeit und Ermessen	160
1.	Verhältnismäßigkeit	160
2.	Ermessen	161
X.	Vollstreckung	161
1.	Rechtsgrundlagen	161
2.	Ausübungsberechtigte	162
XI.	Kostensatz	162
1.	Allgemeines	162
2.	Kostenregelungen in den Feuerwehrgesetzen	162
C.	Rettungsdienstrecht	163
I.	Gesetzliche Grundlagen	163
1.	Baden-Württemberg	163
2.	Bayern	163
3.	Berlin	163
4.	Brandenburg	163
5.	Bremen	163
6.	Hamburg	163
7.	Hessen	163
8.	Mecklenburg-Vorpommern	164
9.	Niedersachsen	164
10.	Nordrhein-Westfalen	164
11.	Rheinland-Pfalz	164
12.	Saarland	164
13.	Sachsen	164
14.	Sachsen-Anhalt	164
15.	Schleswig-Holstein	164
16.	Thüringen	164
II.	Geschichte und Bedeutung	164
III.	Rechtsnatur des Rettungsdienstrechts und des Rettungsdienstes	165
1.	Rettungsdienstrecht	165
2.	Rettungsdienst als Teil der Ordnungsverwaltung	166
IV.	Organisation	166
1.	Trägerschaft	166
2.	Durchführungsmodelle	167
a)	Einheitsmodell und duales System	167
b)	Submissions- und Konzessionsmodell	167
3.	Leitstellen und Rettungswachen	167

4.	Besondere Formen der Notfallrettung	168
V.	Aufgaben	168
1.	Notfallrettung	168
a)	Inhalt und Bedeutung.	168
b)	Abgrenzungen.	168
aa)	Ärztlicher Notdienst	168
bb)	Organisierte Erste Hilfe.	168
2.	Krankentransport.	169
3.	Versorgung einer größeren Anzahl Verletzter	169
D.	Katastrophenschutzrecht	169
I.	Gesetzliche Grundlagen	169
1.	Katastrophenschutzgesetze der Länder	169
a)	Baden-Württemberg.	169
b)	Bayern.	169
c)	Berlin	169
d)	Brandenburg.	169
e)	Bremen	170
f)	Hamburg	170
g)	Hessen.	170
h)	Mecklenburg-Vorpommern	170
i)	Niedersachsen.	170
j)	Nordrhein-Westfalen	170
k)	Rheinland-Pfalz.	170
l)	Saarland	170
m)	Sachsen	170
n)	Sachsen-Anhalt	170
o)	Schleswig-Holstein.	170
p)	Thüringen	170
2.	Gesetze des Bundes.	170
II.	Geschichte und Bedeutung	170
III.	Verfassungsrechtliche Vorgaben	171
1.	Katastrophenverfassungsrecht.	171
2.	Gesetzgebungszuständigkeiten	171
a)	Bund	171
b)	Länder.	172
3.	Verwaltungszuständigkeiten	172
IV.	Grundlagen	172
1.	Begriff	172
2.	Rechtsnatur.	172
a)	Gefahrenabwehrrecht.	172
b)	Notstandsrecht	173
3.	Katastrophenschutzverantwortung	173
4.	Staatliche und kommunale Aufgabenerfüllung	173
5.	Katastrophenvorsorge und -bekämpfung	173
V.	Durchführung des Katastrophenschutzes	174
1.	Verfahren	174
a)	Feststellung des Katastrophenfalls	174
b)	Folgen der Feststellung.	174
aa)	Änderungen der Zuständigkeiten	174
bb)	Entsperrung besonderer Befugnisse	174

Inhaltsverzeichnis

2.	Führungsorganisation und Krisenmanagement	175
3.	Beteiligte	175
a)	Katastrophenschutzbehörden.	175
b)	Polizei	175
c)	Bundesanstalt Technisches Hilfswerk (THW).	175
d)	Hilfsorganisationen	175
e)	Helfer	176
4.	Eingriffsmaßnahmen, Befugnismormen	176
VI.	Zukunft des Katastrophenschutzrechts	176
4. Kapitel: Waffenrecht	177
A.	Waffen	177
I.	Verhältnis zum allgemeinen Gefahrenabwehrrecht und zu anderen Gesetzen	177
II.	Zuständigkeiten	178
1.	Sachliche Zuständigkeit.	178
a)	Bundesbehörden	178
aa)	Bundespolizei.	178
bb)	Zoll	179
cc)	Bundeskriminalamt (BKA)	179
b)	Landesbehörden	179
2.	Örtliche Zuständigkeit	182
III.	Regelungsgegenstand des WaffG	182
1.	Gesetzesübersicht	182
2.	Waffenbegriff.	183
a)	Waffengattungen	183
b)	Schusswaffen.	183
c)	Gleichgestellte Gegenstände.	184
d)	Wesentliche Teile von Schusswaffen, Schalldämpfer.	184
e)	Unbrauchbar gemachte Schusswaffen (Dekorations- waffen)	184
f)	Salutwaffen	184
g)	Anscheinswaffen.	184
h)	Sonstige Vorrichtungen für Schusswaffen	185
i)	Nachbildungen von Schusswaffen	185
j)	Tragbare Gegenstände.	185
k)	Munition.	185
3.	Umgang mit Waffen oder Munition.	185
a)	Arten des Umgangs	185
b)	Erwerb	185
c)	Besitz.	186
d)	Überlassen	186
e)	Führen.	186
f)	Verbringen	186
g)	Mitnahme	186
h)	Schießen	186
i)	Herstellen von Waffen oder Munition.	186
j)	Bearbeiten, Instandsetzen einer Schusswaffe.	186
k)	Handeltreiben	186
4.	Unanwendbarkeit des WaffG	186

IV.	Erlaubnisvoraussetzungen	187
1.	Allgemeine Voraussetzungen	187
a)	Systematik	187
b)	Alterserfordernis	187
c)	Zuverlässigkeit	187
d)	Persönliche Eignung.	189
e)	Sachkunde	190
f)	Bedürfnis	191
g)	Inhaltliche Beschränkungen, Nebenbestimmungen und Anordnungen	193
h)	Haftpflicht	193
2.	Erlaubnistatbestände für bestimmte Personengruppen . .	193
a)	Jäger	193
b)	Sportschützen	194
c)	Brauchtumsschützen	194
d)	Waffen- oder Munitionssammler	194
e)	Waffen- oder Munitionssachverständige	194
f)	Gefährdete Personen	194
g)	Erben	196
3.	Erlaubnistatbestände für Waffenherstellung, Waffen- handel, Schießstätten, Bewachungsunternehmen	197
a)	Gewerbsmäßige Waffenherstellung und Waffen- handel	197
b)	Schießstätten.	197
c)	Bewachungsunternehmen	198
V.	Erlaubnisse	198
1.	Erlaubnisbescheinigung	198
2.	Waffenbesitzkarte	199
a)	Arten der Waffenbesitzkarten (WBK)	199
b)	Erwerbs- und Besitzfunktion	200
c)	Anzeige- und Vorlagepflicht	200
d)	Eintragungsmodalitäten	200
e)	Gemeinsame Waffenbesitzkarte	201
3.	Munitionserwerbsschein	201
4.	Waffenschein	202
5.	Kleiner Waffenschein	204
6.	Schießerlaubnis	205
7.	Rücknahme und Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse	206
VI.	Sorgfaltspflichten des Waffenbesitzers	207
1.	Überlassen von Waffen, Munition, Handelsverbote	207
2.	Aufbewahrung von Waffen, Munition	208
3.	Nachweispflicht	208
4.	Verdachtsunabhängige Kontrollen.	209
5.	Anzeigepflicht	211
6.	Ausweispflicht	211
VII.	Verbote	212
1.	Verbotene Waffen.	212
2.	Waffenverbote im Einzelfall	212
3.	Verbot des Führens von Waffen bei öffentlichen Veran- staltungen	213

Inhaltsverzeichnis

4.	Verbot des Führens von Anscheinswaffen und bestimmten tragbaren Gegenständen	214
5.	Verbot des Umgangs mit unbrauchbar gemachten Kriegswaffen	215
VIII.	Straftaten und Ordnungswidrigkeiten	215
IX.	Einziehung	216
1.	Rechtsfolgen	216
2.	Obligatorische Einziehung	217
3.	Fakultative Einziehung	217
4.	Erweiterte Einziehungsmöglichkeit	217
5.	Prozessuale Sicherungsmaßnahmen	217
B.	Kriegswaffen	218
I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	218
II.	Begriff der Kriegswaffen	219
III.	Genehmigung	219
IV.	Kriegswaffendelikte	220
V.	Einziehung	220
C.	Sprengstoff	221
I.	Regelungsgegenstand des Sprengstoffgesetzes	221
II.	Anwendungsbereich	221
5. Kapitel: Ausländer- und Asylrecht		221
A.	Ausländerrecht	221
I.	Begriffsklärung	221
1.	Ausländerrecht als Sonderrecht	221
2.	Aufenthaltsrecht (AufenthG)	222
3.	Ausländerkategorien	222
a)	Asylbewerber	222
b)	Flüchtling	222
c)	Kontingentflüchtling	222
d)	Subsidiär schutzberechtigte Personen	222
e)	Drittstaatsangehörige	223
4.	Privilegierte Ausländer	223
a)	Diplomaten	223
b)	Unionsbürger	223
c)	EFTA-Staaten	223
d)	Sonderregelungen durch zwischenstaatliche oder internationale Abkommen	223
II.	Einreise und Aufenthalt eines Ausländers	224
1.	Rechtsquellen	224
2.	Pass- und Ausweispflicht	224
3.	Aufenthalts Titel	225
a)	Rechtscharakter von Visum und Aufenthaltstitel	225
b)	Visum	226
aa)	Visum-Kategorien	226
bb)	Schengen-Visum	226
cc)	Flughafentransitvisum	227
dd)	Nationales Visum	227
c)	Aufenthalts erlaubnis	227
d)	Aufenthalts Titel zur Arbeitsplatzsuche	228
e)	Blaue Karte EU	228

f)	Niederlassungserlaubnis	228
g)	Erlaubnis zum Daueraufenthalt – EU	228
h)	Fiktionsbescheinigung	228
4.	Ausüben einer Erwerbstätigkeit	229
5.	Erteilungsvoraussetzungen und Aufenthaltswitzweck	229
6.	Wohnsitzauflagen	229
III.	Die humanitäre Aufnahme von Ausländern (§§ 22 ff. AufenthG)	230
IV.	Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis aus humanitären Gründen (§ 25 AufenthG)	232
1.	Politisch Verfolgte	232
2.	Flüchtlingseigenschaft	232
3.	Subsidiärer Schutz	232
4.	Abschiebungsverbote	232
5.	Aufenthaltserlaubnis für einen vorübergehenden Zweck	233
6.	Aufenthaltserlaubnis für Zeugen im Strafverfahren	234
7.	Aufenthaltserlaubnis bei Unmöglichkeit der Ausreise	234
V.	Aufenthaltsbeendigung	235
1.	Ausreisepflicht	235
a)	Vollzug der Ausreisepflicht	235
b)	Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung in Fahndungshilfsmitteln der Polizei und Festnahme	235
2.	Ausweisung	236
a)	Der Grundtatbestand in § 53 Abs. 1 AufenthG	236
aa)	Normstruktur	237
bb)	Berücksichtigung der Rechtstreue des Ausländers	237
cc)	Verhältnismäßigkeit: Berücksichtigung von Art. 6 GG	238
b)	Ausweisungsinteresse	238
c)	Bleibeinteresse	239
d)	Überwachung der Ausreise	240
e)	Elektronische Aufenthaltsüberwachung	240
3.	Zurückschiebung über Schengenaußengrenze	241
a)	EU-Rückführungsrichtlinie	241
b)	Zurückschiebung bei illegaler Einreise über eine Grenze	242
c)	Zurückschiebung bei Rückübernahmevereinbarung	242
d)	Zurückschiebung bei Zuständigkeit eines anderen Dublin-Staates	243
e)	Zurückschiebungshaft	244
f)	Zurückschiebungsverbote	244
g)	Wirkungen der Zurückschiebung	245
h)	Zuständigkeiten	245
4.	Zurückweisung	246
5.	Abschiebung	246
a)	Abschiebungsvoraussetzungen	246
b)	Überwachung der Ausreise	248
c)	Abschiebungsbeschränkungen	248
d)	Abschiebungsanordnung durch oberste Landesbehörde	248

Inhaltsverzeichnis

e)	Abschiebungsandrohung	250
f)	Abschiebungsverbote	250
g)	Abschiebehaft	251
aa)	Abschiebehaft als gefahrenabwehrende Maßnahme	251
bb)	Vorbereitungshaft	251
cc)	Sicherungshaft	252
dd)	Unzulässigkeit der Sicherungshaft	253
ee)	Dauer	253
ff)	Vorläufige Ingewahrsamnahme zur Sicherung der Abschiebehaft	254
h)	Vollzug der Abschiebungshaft	255
i)	Abschiebehaft und Strafverfahren	255
j)	Ausreisegewahrsam	255
k)	Durchsuchungsanordnung zur Ermöglichung der Abschiebung	256
VI.	Duldung	256
VII.	Verbot der Einreise und des Aufenthaltes	259
1.	Einreise- und Aufenthaltsverbote	259
2.	Betretenerlaubnis	259
VIII.	Aufgaben und Befugnisse	260
1.	Zuständigkeitsbereich der Ausländerbehörden	260
2.	Zuständigkeit der Bundespolizei nach dem AufenthG.	261
3.	Zuständigkeit der Polizeien nach dem AufenthG.	261
a)	Zurückschiebung	262
b)	Durchsetzung der Verlassenspflicht	262
c)	Durchführung der Abschiebung	262
d)	Festnahme und Beantragung der Haft	263
e)	Ausschreibung in Fahndungshilfsmitteln	264
f)	Ausweisrechtliche Maßnahmen	264
aa)	Allgemeines	264
bb)	Durchsuchung	267
cc)	Auslesen von Datenträgern	269
dd)	Erhebung von Zugangsdaten	269
ee)	Erkennungsdienstliche Maßnahmen	270
ff)	Altersfeststellung	271
gg)	Tonaufnahmen	272
hh)	Erfassung in Aufgriffsfällen	272
g)	Mitteilungspflichten	272
aa)	Ausländerbehörde	272
bb)	Fundpapier-Datenbank	273
h)	Vollzugshilfe bei Abschiebung	273
IX.	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	274
1.	Straftaten	274
2.	Pönalisierungsverbot	276
a)	Persönlicher Strafaufhebungsgrund	276
b)	Voraussetzungen der Straffreiheit	277
aa)	Unmittelbarkeit der Einreise	277
bb)	Unverzüglichkeit der Meldung	277
cc)	Ersteckung der Straffreiheit auf Begleitdelikte	278

3.	Einziehung	278
4.	Ordnungswidrigkeiten nach dem AufenthG	278
5.	Verwaltungsakzessorietät	279
B.	Asylrecht	279
I.	Verfassungsrechtliche Grundlagen	280
1.	Das Grundrecht auf Asyl (Art. 16a GG)	280
a)	Schutzbereich	280
aa)	Staatliche Verfolgung	280
bb)	Asylerhebliche Merkmale	280
cc)	Verfolgungsgefahr	280
dd)	Gezielte Rechtsverletzung, Intensität	281
ee)	Eigene Verfolgung	281
ff)	Kausalität	281
b)	Einschränkungen	281
aa)	Sicherer Drittstaat (Art. 16a Abs. 2 GG, § 26a i. V. m. Anlage I AsylG)	281
bb)	Sicherer Herkunftsstaat (Art. 16a Abs. 3 GG, § 29a i. V. m. Anlage II AsylG)	282
2.	Verfassungspflicht zu wirksamem Grenzschutz durch die Drittstaatenregelung des Art. 16a Abs. 2 GG	282
3.	Festlegung von „Obergrenzen“?	283
II.	Anerkennungsgründe (Schutzstatus)	283
1.	Flüchtlingseigenschaft (§ 3 Abs. 1 AsylG) – Konventionsflüchtlinge	284
a)	Verfolgungshandlungen	284
b)	Verfolgungsgründe	284
c)	Verfolgungsakteure	285
d)	Schutzakteure	285
e)	Interner Schutz	285
f)	Ausschlussgründe	285
g)	Umfang der Rechtsstellung	285
2.	Subsidiärer Schutz (§ 4 Abs. 1 AsylG)	286
3.	Nationaler subsidiärer Schutz (§ 60 Abs. 5 und 7 AufenthG)	287
a)	Abschiebungsschutz nach EMRK (§ 60 Abs. 5 AufenthG)	287
b)	Abschiebungsschutz nach § 60 Abs. 7 AufenthG	288
4.	Abschiebung trotz Verfolgung	289
5.	Passberechtigung	289
a)	Reiseausweis für Flüchtlinge	289
b)	Ausweisersatz	289
III.	Kirchenasyl	289
1.	Allgemeines	289
2.	Staatliches Eindringen in Kirchenräume	291
3.	Abschiebungshaft bei Kirchenasyl	291
IV.	Durchführung des Asylverfahrens	291
1.	Zuständigkeiten	291
a)	Dublin-Verfahren	291
b)	Zurückschiebung bei unerlaubter Einreise aus sicherem Drittstaat	294
c)	Eurodac-Datenbank	295

Inhaltsverzeichnis

2.	Asyl: Antrag, Ersuchen und Verfahren	296
a)	Asylersuchen, Asylantrag	296
b)	Verfahrenskonzentration beim BAMF	298
c)	Sachverhaltsaufklärung.	299
3.	Ausschreibung zur Aufenthaltsermittlung	300
a)	Ausschreibung	300
b)	Ausländerzentralregister (AZR)	300
c)	Zuständigkeit	300
4.	Mitwirkungspflichten des Asylbewerbers	301
5.	Auswertung von Datenträgern	301
6.	Asylantrag nach unerlaubter Einreise.	302
7.	Aufenthaltsgestattung	302
8.	Folgeantrag nach erfolglos abgeschlossenem Asylverfahren	303
9.	Zweit Antrag nach erfolglos abgeschlossenem Asylverfahren in einem sicheren Drittstaat	304
10.	Flughafenverfahren (§ 18a AsylG).	304
11.	Unterbringung und Versorgung Asylsuchender	304
12.	Residenzpflicht (Räumliche Beschränkung).	305
a)	Während des Aufenthaltes in Aufnahmeeinrichtung	305
b)	Nach Wohnpflicht in Aufnahmeeinrichtung.	306
13.	Erwerbstätigkeit.	307
a)	Während des Aufenthaltes in Aufnahmeeinrichtung	307
b)	Nach Wohnpflicht in Aufnahmeeinrichtung.	307
14.	Wohnsitzauflage.	308
15.	Wohnungsnahme	308
16.	Unbegleitete minderjährige Flüchtlinge.	308
17.	Wahrung der Familieneinheit	309
18.	Familienasyl, Familienflüchtlingsschutz	309
19.	Leistungen an Asylbewerber (AsylbLG)	309
a)	Leistungsberechtigung	309
b)	Leistungseinschränkungen.	310
c)	Sicherheitsleistung	310
20.	Beschleunigte Verfahren.	311
V.	Versagung des Schutzstatus.	311
VI.	Ende des Asylstatus und weiterer Rechtsstellungen	313
1.	Erlöschen der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft	313
2.	Widerruf der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft	313
3.	Rücknahme der Asylberechtigung und der Flüchtlings-eigenschaft	314
VII.	Aufgaben und Zuständigkeiten der Polizei im Asylverfahren	314
1.	Asylersuchen	314
2.	Nachsuchen um Asyl aus Polizeigewahrsam	315
3.	Weiterleitung an Aufnahmeeinrichtung	315
4.	Identitätssicherung, Erkennungsdienstliche Maßnahmen.	317
5.	Durchsuchung und Sicherstellung	318
a)	Inverwahrnehmung von Unterlagen und deren Weiterleitung	318
b)	Durchsuchung.	318

6.	Weiterleitung von Unterlagen	318
7.	Einreiseverweigerung, Zurückschiebung durch Bundespolizei	318
	a) Zurückweisungsverbot	318
	b) Einreiseverweigerungsgründe des § 18 Abs. 2 AsylG	318
	aa) Einreise aus sicherem Drittstaat	318
	bb) Zuständigkeit anderer Dublin-Staaten	319
	cc) Gefahr für die Allgemeinheit	320
	dd) Einreiseverweigerung und Flüchtlingskrise	320
	c) Zurückschiebung.	322
	d) Erkennungsdienstliche Maßnahmen	322
8.	Durchsetzung der räumlichen Beschränkung (§ 59 AsylG)	323
9.	Erhebung und Übermittlung personenbezogener Daten.	323
10.	Verfolgung von Straftaten und Ordnungswidrigkeiten nach dem AsylG.	324
	a) Straftaten	324
	b) Ordnungswidrigkeiten	324
6. Kapitel	Luftsicherheitsrecht	324
A.	Grundlagen	324
	I. Luftsicherheitsrecht als besonderes Gefahrenabwehrrecht	324
	II. Gesetzgebungskompetenz des Bundes	324
	III. Verhältnis zum allgemeinen Polizeirecht	325
	IV. Regelungssystematik und Zuständigkeiten	325
	1. Gesetzliche Grundlagen	325
	a) Luftverkehrsgesetz (LuftVG)	325
	b) Luftverkehrs-Ordnung (LuftVO)	325
	c) Luftverkehrs-Zulassungs-Ordnung (LuftVZO)	326
	d) Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG).	326
	2. Zuständigkeitsverteilung nach dem LuftSiG	327
	a) Zuständigkeit der Luftsicherheitsbehörde	327
	b) Zuständigkeiten der Bundespolizei	327
B.	Gefahrenabwehr nach dem Luftsicherheitsgesetz	327
	I. Gesetzliche Aufgaben	327
	II. Einzelbefugnisse	328
	1. Luftsicherheitsbehörde	328
	a) Generalklausel	328
	b) Besondere Befugnisse	328
	c) Beleihung privater Sicherheitsdienstleister	329
	2. Luftfahrzeugführer	329
	3. Bundespolizei.	330
	III. Renegade Flüge: Unterstützung und Amtshilfe durch die Streitkräfte	331
	1. Einsatzkonstellationen und Anordnungs-kompetenz	331
	2. Zulässige Maßnahmen	331
7. Kapitel:	Gewerberecht	332
A.	Gewerberecht	332
	I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	332

Inhaltsverzeichnis

II.	Gewerberecht und allgemeines Polizeirecht	333
III.	Allgemeines Gewerberecht	334
	1. Gewerberecht als Wirtschaftsverwaltungsrecht	334
	2. Begriff des Gewerbes.	335
	a) Bestimmung des Gewerbebegriffs	335
	b) Positive Merkmale des Gewerbebegriffs	336
	c) negative Merkmale des Gewerbebegriffs	338
	2. Gewerbeanmeldung (Anzeigepflicht)	339
	3. Gewerbliche Genehmigung.	339
	4. Gewerbeuntersagung.	340
IV.	Stehendes Gewerbe	340
	1. Anzeigepflicht	340
	2. Besondere Genehmigungsbedürftigkeit.	340
	a) Verbote mit Erlaubnisvorbehalt	340
	b) Pfandleihgewerbe	341
	c) Bewachungsgewerbe	341
	3. Überwachungsbefugnisse	343
	a) Auskunft und Nachschau	343
	b) Betreten zur Betriebs- und Geschäftszeit	344
	c) Betreten außerhalb der Betriebs- und Geschäftszeit	345
	4. Die Gewerbeuntersagung bei erlaubnisfreiem Gewerbe.	345
	a) Gewerbeuntersagung wegen Unzuverlässigkeit	345
	b) Voraussetzungen der Gewerbeuntersagung	346
	c) Adressaten der Gewerbeuntersagung	347
	d) Wiedergestattung und Stellvertretererlaubnis	347
	5. Die Verhinderung der weiteren Gewerbeausübung bei erlaubnispflichtigen Gewerben	347
V.	Reisegewerbe	348
	1. Begriff	348
	2. Reisegewerbekarte (§ 55 Abs. 2 GewO)	351
	a) Erlaubnispflicht.	351
	b) Reisegewerbekartenfreie Tätigkeiten.	353
	3. Anzeigepflicht (§ 55c GewO)	355
	4. Sonn- und Feiertage	355
	5. Verbotene Tätigkeiten	356
	6. Ankündigung des Gewerbebetriebes, Wanderlager	357
	7. Versagung der Reisegewerbekarte	358
	8. Mitführen und Vorzeigen der Reisegewerbekarte	358
	9. Zuständigkeit zur Kontrolle von Reisegewerbekarten	359
	10. Verletzung von Vorschriften über das Reisegewerbe (§ 145 GewO)	359
VI.	Marktgewerbe	361
VII.	Zuständigkeiten	361
B.	Gaststättenrecht	362
	I. Verfassungsrechtliche Grundlagen	362
	II. Begriff des Gaststättengewerbes	362
	1. Schank- und/oder Speisewirtschaft	362
	2. Tätigkeit im Reisegewerbe	363
	3. Öffentlichkeit	363
	4. Ausnahmen vom Anwendungsbereich des GastG.	364
	III. Erlaubnispflicht.	364

IV. Gaststättenerlaubnis (Vollkonzession)	365
1. Inhalt	365
2. Voraussetzungen die Erteilung der Erlaubnis.	365
a) Zuverlässigkeit	365
b) Räumliche Anforderungen	366
c) Versagungsgründe	366
d) Widersprechendes öffentliches Interesse	366
e) Fehlender Unterrichtsnachweis	366
3. Auflagen	366
4. Besondere Arten der Gaststättenerlaubnis, Weiter- führungsrecht	367
a) Stellvertretungserlaubnis	367
b) Weiterführungsprivileg, vorläufige Gaststätten- erlaubnis	367
c) Gestattung	367
5. Verlust der Gaststättenerlaubnis	367
a) Gesetzliche Verlustgründe	367
b) Fristablauf	367
c) Rücknahme und Widerruf der Erlaubnis	367
6. Gewerbeuntersagung.	369
7. Ausübungsregelungen	369
a) Nebenleistungen	369
b) Ausschank alkoholfreier Getränke	369
c) Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke	369
d) Allgemeine Verbote	369
e) Beschäftigung unzuverlässiger Personen	370
8. Auskunfts- und Nachschaurecht	370
a) Auskunftspflicht	370
b) Betretungs-, Besichtigungs- und Prüfrecht	371
c) Zuständigkeiten	372
9. Sperrzeitrecht.	373
10. Bußgeldrechtliche und strafrechtliche Verantwortlichkeit des Gastwirts.	375
11. Zuständigkeit und Verfahren	375
12. Rechtsschutz	376
a) Rechtsschutz des Antragstellers bzw. des Gastwirts.	376
b) Nachbarrechtsschutz	376
c) Sonstiger Drittschutz	377
C. Güterkraftverkehrsrecht	377
D. Handwerksrecht.	378
3. Teil: Gefahrenabwehr und neue Medien	381
1. Kapitel: Informationsgewinnung zur Gefahrenabwehr	382
A. Zugriff auf „jedermann“ zugängliche Inhalte	382
B. Zugriff auf bestimmten Personengruppen vorbehaltene Inhalte	383
I. Eingriffsqualität der Maßnahmen.	383
1. Durch die Anonymität der Beteiligten geprägte Kommunikation.	383

Inhaltsverzeichnis

2.	Durch persönliche Beziehungen geprägte Kommunikation	383
II.	Rechtsgrundlagen	384
1.	Abgrenzung „Nicht offen ermittelnde Polizeibeamte“ (NoeP) – Verdeckte Ermittler	384
2.	Einsatz von Vertrauenspersonen	385
C.	Informationsgewinnung durch Manipulation informationstechnischer Systeme	386
I.	Online-Durchsuchung	386
1.	Begriff und Funktionsweise	386
2.	Grundrechtsschutz	386
3.	Erforderliche Eingriffsschwellen	387
4.	Prozeduraler Grundrechtsschutz	388
a)	Schutz des Kernbereichs privater Lebensgestaltung	388
b)	Richtervorbehalt und weitere Verfahrensvorkehrungen	388
5.	Rechtsgrundlagen	388
a)	Bund	388
b)	Länder	389
II.	Quellentelekommunikationsüberwachung (Quellen-TKÜ)	389
1.	Begriff und Funktionsweise	389
2.	Abgrenzung zur Online-Durchsuchung	389
a)	Anforderungen an die Funktionalität eingesetzter Software	390
b)	Rechtliche Schutzvorkehrungen	390
3.	Installation der Überwachungssoftware	390
4.	Rechtsgrundlagen	391
a)	Bund	391
b)	Länder	391
D.	Filterung von Datenströmen	391
I.	Überwachung des Surfverhaltens mit Unterstützung des Providers	391
1.	Begriff und Funktionsweise	391
2.	Zulässigkeit der Maßnahme	392
II.	Die strategische Überwachung des Fernmeldeverkehrs	394
1.	Begriff und Funktionsweise	394
2.	Zulässigkeitsvoraussetzungen	394
a)	Überwachungsgegenstand	394
b)	Überwachungsmodi	395
c)	Überwachungsumfang	395
d)	Verwendung und Speicherung der gewonnenen Informationen	396
E.	Nutzung von „Big data“ Anwendungen zur Gefahrenvorsorge – Predictive Policing	396
I.	Begriff und Funktionsweise	396
II.	Rechtliche Fragestellungen	397
2. Kapitel:	Entfernung und Sperrung rechtswidriger Inhalte im Internet	399
A.	Überblick	399
B.	Der rechtliche Rahmen	401

I.	Spezialgesetzliche Regelungen für Telemediendienste	401
II.	Bestimmungen des Staatsvertrages für Rundfunk und Telemedien	401
1.	Spezielle Verpflichtungen der Telemedienanbieter	401
2.	Einhaltung der „verfassungsmäßigen Ordnung“ und der „allgemeinen Gesetze“	401
3.	Eingriffsbefugnisse, § 59 Abs. 3, 4 RStV	402
a)	Die Generalklausel des § 59 Abs. 3 RStV	402
b)	Nachrangige Inanspruchnahme des Host- und Access-Providers, Art. 59 Abs. 4 RStV	402
c)	Zuständigkeiten	403
aa)	Zuständigkeit der Landesmedienanstalten	403
bb)	Gesetzgeberische Friktionen	404
cc)	Parallelzuständigkeit der allgemeinen Ordnungsbehörden	404
III.	Regelungen im Jugendmedienschutz-Staatsvertrag und im Glücksspielstaatsvertrag	405
IV.	Entfernungs- und Sperrungsverfügungen auf Grundlage der ordnungsbehördlichen/polizeilichen Generalklauseln	406
1.	Zuständigkeitsfragen	406
a)	Örtliche und internationale Zuständigkeit	406
b)	Kein Verweis des Geschädigten auf den Privat- rechtsweg	406
2.	Rückgriff auf die Befugnisgeneralklauseln	407
a)	Entfernungs-/Löschungsverfügungen	407
b)	Sperrungsverfügungen	407
3.	Störerauswahl	408
a)	Keine Anwendung der Haftungsprivilegierung des TMG	408
b)	Vorrangige Inanspruchnahme des Handlungs- störeres	408
c)	Inanspruchnahme des sog. Host-Providers	408
d)	Ultima ratio: Inanspruchnahme des Access-Provi- ders	409
4.	Verhältnismäßigkeit von Sperrungsverfügungen gegen Access-Provider	409
a)	Sperrung als Zugängerschwerung	409
b)	Technische Möglichkeiten der Zugängerschwerung	409
aa)	DNS-Sperre	410
bb)	IP-Adress-Sperre	410
cc)	Einsatz von Inhaltsfiltern (Proxy-Server)	410
c)	Verhältnismäßigkeit	411
aa)	Geeignetheit	411
bb)	Erforderlichkeit	411
cc)	Angemessenheit	411
C.	Indienstnahme Privater nach dem Netzwerkdurchsetzungsgesetz	412
I.	Inhalt und Gegenstand der gesetzlichen Regelung	412
II.	Verfassungsrechtliche Bedenken	413
1.	Keine Gesetzgebungskompetenz des Bundes	413
2.	Verstoß gegen die Meinungs- und Informationsfreiheit, Art. 5 Abs. 1 GG	413

Inhaltsverzeichnis

3. Kapitel: Polizeiliche Aufgabenerfüllung mit Hilfe neuer Medien . . .	414
A. Behördliche Öffentlichkeitsarbeit	414
I. Allgemeines	414
II. Öffentlichkeitsarbeit über soziale Netzwerke	415
1. Praktischer Bedarf	415
2. Rechtsfragen	416
a) Datenschutz	416
b) Recht der Telemedien.	417
B. Staatliche Warnungen und sonstige Informationen.	417
C. Öffentlichkeitsfahndung	419
Anhang	421
1. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte	421
2. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte	423
3. Beurteilung ausländerrechtliche Sachverhalte	424
Stichwortverzeichnis	427

Literaturverzeichnis

- Albrecht/Roggenkamp*, Vereinsgesetz, 2014
Apel/Bushart, Waffenrecht, Band 2: Waffengesetz, 3. Aufl. 2004
Apel/Bushart, Waffenrecht, Band 3: Allgemeine Waffengesetz-Verordnung, 3. Auflage 2005
Badura, Wirtschaftsverfassung und Wirtschaftsverwaltung, 4. Aufl. 2011
Baudewin, Der Schutz der öffentlichen Ordnung im Versammlungsrecht, 2. Aufl. 2014
Bergmann/Dienelt, Ausländerrecht, 11. Aufl. 2016
Böckenförde, Die Ermittlung im Netz, 2003
Brenneisen/Wilksen, Versammlungsrecht, 4. Aufl. 2011
Brenneisen/Wilksen/Staack/Martins, Versammlungsfreiheitsgesetz für das Land Schleswig-Holstein, 2016
Diegmann/Lankau, Hessisches Brand- und Katastrophenschutzrecht, 9. Auflage 2016
Dieterl/Gintzel/Kniesel, Versammlungsgesetze, 17. Aufl. 2016
Dietz, Ausländer- und Asylrecht, 2016
Drews/Wacke/Vogel/Martens, Gefahrenabwehr – Allgemeines Polizeirecht (Ordnungsrecht) des Bundes und der Länder, 9. Aufl. 1986
Dürig-Friedl/Enders, Versammlungsrecht, 2016
Elzermann, Sächsisches Versammlungsgesetz, 2016
Erbguth/Mann/Schubert, Besonderes Verwaltungsrecht, 12. Aufl. 2015
Ehlers/Fehling/ Pünder (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, 3. Aufl. 2013
Frotscher/Kramer, Wirtschaftsverfassungs- und Wirtschaftsverwaltungsrecht, 6. Aufl. 2013
Gade, Basiswissen Waffenrecht, 4. Aufl. 2017
Gade/Beck, Fälle und Musterlösungen zum Waffenrecht, 2013
Gade/Stoppa, Waffengesetz-Kommentar, 2011
Germann, Gefahrenabwehr und Strafverfolgung im Internet, 2000
Götz/Geis, Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, 16. Aufl. 2017
Groh, Nomos Onlinekommentar VereinsG, 2012
Grundmann, Das fast vergessene öffentliche Vereinsrecht, 1999
Gusy, Polizei- und Ordnungsrecht, 10. Aufl. 2017
Gusy/Kugelmann/Würtenberger (Hrsg.), Rechtshandbuch Zivile Sicherheit, 2017
Heinrich, Vereinigungsfreiheit und Vereinigungsverbot – Dogmatik und Praxis des Art. 9 Abs. 2 GG, 2005
Heller/Soschinka, Waffenrecht, Handbuch für die Praxis, 3. Auflage 2013
Heusch/Haderlein/Schönenbroicher, Das neue Asylrecht, 2016
Hildinger/Rosenauer, Feuerwehrgesetz Baden-Württemberg, 4. Auflage 2017
Hofmann (Hrsg.), Ausländerrecht, 2. Aufl. 2016
Huber, AufenthG, 2. Aufl. 2016
Kingreen/Poscher, Staatsrecht II, Grundrecht, 33. Aufl. 2017
König/Papsthart, Nomos Onlinekommentar WaffG
Koreng, Zensur im Internet, 2010
Körtek/Reidel, Arbeitsmarktzugang für Ausländer, 2016
Landmann/Rohmer, Gewerbeordnung, 74. EL Dezember 2016
Lisken/Denninger, Handbuch des Polizeirechts, 5. Aufl. 2012
Marx (Hrsg.), Ausländer- und Asylrecht, 3. Aufl. 2017
Metzner, Gaststättengesetz, 6. Aufl. 2001
Möllers, Demonstrationsrecht im Wandel, 2015
Mööstl/Kugelmann (Hrsg.), BeckOK Polizei- und Ordnungsrecht Nordrhein-Westfalen, 5. Edition (Stand: 20.5.2017)
Ott/Wächter/Heinhold, Gesetz über Versammlungen und Aufzüge, 7. Aufl. 2010
Peters/Janz, Handbuch Versammlungsrecht, 2015
Pielow, GewO-Kommentar, 2. Aufl. 2012
Pieroth/Schlink/Kniesel, Polizei- und Ordnungsrecht, 9. Aufl. 2016
Prütting, Rettungsgesetz Nordrhein-Westfalen, 4. Aufl. 2016
Ridder/Breitbach/Rühl/Steinmeier, Versammlungsrecht, 1992
Robinski, Gewerberecht, 2. Aufl. 2002
Roos/Bula, Das Versammlungsrecht in der praktischen Anwendung, 2. Aufl. 2009
Ruthig/Storr, Öffentliches Wirtschaftsrecht, 4. Aufl. 2015
Scheidler, Einführung in das Gewerberecht, VR 2010, 224